



Wissenschaftlerkreis
Grüne Gentechnik e.V.

WGG, Postfach 12 01 27, 60114 Frankfurt/Main

Frau Bundesministerin
Dr. Barbara Hendricks
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
Stresemannstraße 128 - 130
10117 Berlin

cc Bundeskanzleramt
cc Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)
cc SPD Bundestagsfraktion

Frankfurt/Main, den 24.01.2015

Offener Brief an Bundesministerin Dr. Barbara Hendricks

Sehr geehrte Frau Ministerin,

wie über verschiedene Medien kürzlich verlautbart wurde, treten Sie für ein lückenloses Verbot der Grünen Gentechnik in Deutschland ein und werden in diesem Zusammenhang mehrfach zitiert.

Als Zusammenschluss von in Lehre und Forschung engagierten Naturwissenschaftlern sind wir über Ihre Aussagen höchst betroffen. So konstatieren Sie, die Grüne Gentechnik sei "für Umwelt und Natur riskant" (Süddeutsche Zeitung, 13.01.2015). Hier lohnt sich ein Blick in die von Ihrer Kollegin aus dem Forschungsministerium im Sommer vorigen Jahres herausgegebene Zusammenfassung "25 Jahre BMBF-Forschungsprogramme zur biologischen Sicherheitsforschung". Tatsächlich wurde in Deutschland also über mehr als zwei Jahrzehnte eine intensive Sicherheitsforschung betrieben, deren Ergebnisse von Frau Ministerin Wanka umfassend vorgelegt wurden. Fazit: Die überprüften gentechnisch veränderten Pflanzen stellen keinerlei Gefahr für Mensch und Umwelt dar.

Genauso kam kürzlich das schweizerische Nationale Forschungsprogramm „Nutzen und Risiken der Freisetzung von gentechnisch veränderten Pflanzen“ (NFP 59) zu dem Ergebnis, dass von der Grünen Gentechnik weder Gesundheits- noch Umweltgefahren ausgehen. Wissenschaftler unterschiedlichster Disziplinen haben in 30 Forschungsprojekten fünf Jahre lang Nutzen und Risiken Grüner Gentechnik unter die Lupe genommen. Auch die EU-Kommission hat in den vergangenen 25 Jahren mehr als 130 Projekte mit über 500 Arbeitsgruppen und 300 Mio. Euro gefördert mit dem Ergebnis, dass „Biotechnologie, und besonders GMOs, nicht *per se* mit mehr Risiken behaftet sind als konventionelle Methoden der Pflanzenzüchtung“.

Eine in 2014 veröffentlichte Meta-Analyse, für die Göttinger Agrarwissenschaftler 147 einschlägige Studien aus verschiedenen Regionen der Welt ausgewertet haben, kam zu dem Ergebnis, dass der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen den Landwirten höhere Erträge und betriebliche Gewinne bringt, während der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln gesenkt werden kann. Diese Vorteile sind nach den vorliegenden Ergebnissen in Entwicklungsländern deutlich größer als in Industrieländern. (A Meta-Analysis of the Impacts of Genetically Modified Crops, W. Klümper, M. Quaim, 2014 <http://journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371/journal.pone.0111629>)

Allerdings haben bis zum heutigen Tage die Politikverantwortlichen alle diese Erkenntnisse konsequent ignoriert. Sie tun dies nun offensichtlich auch. Zwangsläufig beschleicht uns angesichts dieses Paradoxons schon länger der Verdacht, man hätte sich schlicht andere Ergebnisse gewünscht: Es kann nicht sein, was nicht sein darf.

Auch fordern Sie – aus unserer Sicht zudem ein Widerspruch in sich - auf der einen Seite ein vollständiges Anbauverbot gentechnisch veränderter Pflanzen, auf der anderen Seite aber wiederum eine verstärkte „Risikoforschung“ unter Einbeziehung des Bundesamtes für Naturschutz. Was soll das? Dies bestärkt unseren Eindruck, dass Sie die jahrelang vom BMBF unterstützte Biosicherheitsforschung - einschließlich der Zeit, in der von 1998 bis 2005 eine SPD-Ministerin an der Spitze des BMBF stand - schlicht missachten.

Seit 2013 werden in Deutschland keine Freisetzungsversuche mit gentechnisch veränderten Pflanzen mehr durchgeführt. Diese sind aber für die weitere Forschung zwingend, um die Ergebnisse aus Gewächshauskulturen mit denen aus dem Freiland erzielen vergleichen zu können. Aktuell schließen einige Bundesländer mit „Grüner“ Regierungsbeteiligung gar die Finanzierung öffentlicher Forschung zur Grünen Gentechnik explizit aus. Nicht nur aus wissenschaftlicher, sondern auch aus verfassungsrechtlicher Sicht eine abenteuerliche Entwicklung, da sie aus unserer Sicht im Widerspruch zu Art. 5 (3) GG - Freiheit von Forschung und Lehre - steht!

Auch oder gerade wegen seiner intensiven „Risikoforschung“ hat Deutschland in der Grünen Gentechnik ein enormes ökonomisch wie ökologisch nutzbares Potenzial und Ansehen - weltweit. Ergebnisse der deutschen Grundlagenforschung zur Grünen Gentechnik werden international hochrangig publiziert und genutzt. Doch wenn eine Technik auf deutschen Äckern grundsätzlich nicht zur Anwendung kommen soll, wird sie auch in deutschen Laboren nicht weiter erforscht werden. Deutschland koppelt sich damit endgültig von einer Zukunftstechnologie ab, die aber andernorts weiter entwickelt wird und derzeit eine enorme Beschleunigung erfährt. Pflanzenzüchter, besonders in Asien, und Südamerika, bedienen sich, sobald anwendbar und vielversprechend, inzwischen ihrer eigenen gentechnologischen Forschung und Ergebnisse, um ihre landesüblichen Sorten in Hinblick auf ihre speziellen Klimate und leider meist wenig ertragsversprechenden Äcker zu verbessern. Diesen Pflanzenzüchtern, wie auch den hiesigen Züchtern, geht es nicht um die Erzeugung neuer „Bt- oder HT-Genpflanzen“, sondern ganz schlicht um die Verbesserung und den Erhalt ihrer Ernteerträge, die bei schwindenden Anbauflächen und gleichzeitiger Erhöhung der Bevölkerungszahl in ihren Ländern unabdingbar ist.

Ihr Pauschalurteil gegen die Grüne Gentechnik, Frau Hendricks, basiert bedauerlicherweise immer noch auf einem rund dreißig Jahre alten, eindimensionalen Vorurteil, dass sich die Grüne Gentechnik in den Fesseln der Chemischen Industrie befindet. Jedoch: dem ist nicht so. Der WGG lädt Sie und/oder VertreterInnen Ihres Ministeriums gern ein, um über den aktuellen Stand der Diskussion in den Pflanzen- und Agrarwissenschaften zu informieren. Vielleicht, sehr verehrte Frau Ministerin, sehen Sie Ihre eigene Auffassung, dass sich die Grüne Gentechnik „als Holzweg erwiesen“ habe (ebd.), dann unter ganz anderen Gesichtspunkten sogar bestätigt: Dass nämlich ein solcher Holzweg durchaus ökonomisch und ökologisch sinnvoll sein kann.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Andreas Schier

Prof. Dr. Klaus-Dieter Jany